

**Redebeitrag der Seebrücke Potsdam zur 24h-Mahnwache gegen den Aufruf der Partei III.
Weg zur Menschenjagd an der polnischen Grenze am 23.10.21 in Guben**

Wir sind heute hier, weil eine rechtsextreme und faschistische Partei dazu mobilisiert, Menschen auf der Flucht mittels Selbstjustiz vom Grenzübertritt nach Deutschland abzuhalten. Diese Form von Selbstjustiz ist Menschenjagd und muss sofort gestoppt werden! Wir als Seebrücke Potsdam stellen uns diesem gefährlichen und rassistischen Handeln entschlossen entgegen! Wir fordern auch von der Landesregierung Brandenburg und Mike Schubert, der Koordinator des Bündnisses Sicherer Häfen ist, umgehend Stellung zu nehmen und sofort zu handeln!

Flüchtende Menschen, vorwiegend aus Afghanistan, Syrien und dem Irak versuchen über Belarus nach Polen in der EU einen Asylantrag zu stellen. Da es keinerlei legale Möglichkeit gibt, die EU zu erreichen, versuchen sie über die Grenze nach Polen und weiter nach Brandenburg zu gelangen. Erneut werden Stimmen laut, vorwiegend aus dem konservativen Spektrum. So spricht Horst Seehofer nicht ohne Stolz davon, dass er mit "Hilfe" der EU dafür gesorgt hat, dass Flüge aus dem Irak nach Belarus eingestellt wurden. Menschen auf der Flucht sollen die europäische Grenze erst gar nicht erreichen. Anstatt die Menschenrechtsverletzungen an den Grenzen anzuprangern, bezeichnet der noch amtierende Innenminister Seehofer flüchtende Menschen sogar als "Bedrohung" und spricht von Unterstützung Polens bei der "Abwehr". Diese "Abwehr" verletzt seit Wochen nun schon europäisches und internationales Recht!

Fred Mahro, der Bürgermeister von Guben spricht in erster Linie wie erwartet von einem schwindenden "Sicherheitsgefühl" für die Bevölkerung. Auf der anderen Seite spricht er davon, dass die Menschen, die es doch über Polen nach Brandenburg schaffen, darunter Frauen und Kinder, in einem so schlechten gesundheitlichen Zustand wären, dass diesen umgehend humanitäre Hilfe vor Ort angeboten werden "müsse". Es wirkt geradezu bizarr, dass das "Sicherheitsgefühl" von Menschen in einem der sichersten Länder der Welt als Grund für eine rechtswidrige Abschottung gegenüber Menschen genannt wird, die unter Lebensgefahr vor Krieg, Terror und Verfolgung fliehen.

Der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft, Heiko Teggatz, geht noch weiter. Er verlangt, gegen geltendes EU-Recht, temporäre Grenzkontrollen einzurichten, damit kein "Flüchtlingsdruck" entstehen könne. Außerdem verlangt er, dass sich ein "2015 nicht wiederholen" dürfe. Diese öffentlichen Aussagen sind nicht nur ein gefundenes "Fressen" für Rechtsradikale, sondern entsprechen einem rechten Narrativ, das sich immer wieder auch bei offen faschistischen Gruppen, wie der Identitären Bewegung finden lässt.

Denn unter dem Hashtag #Niewieder2015 rufen rechtsradikale Gruppierungen, unter anderem auch der *III. Weg*, öffentlich zur Menschenjagd an der polnisch deutschen Grenze auf.

Wir schauen nicht länger dabei zu, wie Konservative und verbale Brandstifter*innen solche Aktionen noch befeuern!

Mit ihrer geplanten Aktion am Samstag, nehmen die Neonazis sich offensichtlich faschistische Gruppen aus (Süd-) Osteuropa sowie die Identitäre Bewegung Österreich zum Vorbild und rufen dazu auf, mittels Selbstjustiz, schutzsuchende Menschen zurückzudrängen. Auch vor Gewalt werden sie dabei nicht zurückschrecken. Hetzjagden, organisiert durch rechte

Gruppierungen, sind in Brandenburg keine Einzelfälle. So kam es beispielsweise 2020 sowie vor 22 Jahren schon zu ähnlichen Gewalttaten in Guben. Schon Anfang Oktober diesen Jahres versuchte die rechtsextreme Partei *III. Weg* auch in Potsdam Stimmung gegen Geflüchtete zu machen. Sie verteilten Flugblätter, in denen sie gegen Geflüchtete hetzten und sie für die steigenden Mieten und knappen Wohnraum in Potsdam verantwortlich machten. Diese Behauptungen sind rechte Hetze und dabei nicht nur faktisch unbelegt und falsch, sondern auch (lebens-)gefährlich für Schutzsuchende!

Deshalb fordern wir von der Landesregierung Brandenburg sowie Potsdams Oberbürgermeister und Koordinator des Bündnisses Städte Sicherer Häfen sofortiges Einschreiten!

Herr Schubert, wie kann ein Hafen sicher sein, wenn es nicht erlaubt ist und sogar brutal unterbunden wird, diesen überhaupt zu erreichen? Auch sichere Fluchtwege zu schaffen, gehört unabdingbar zur Aufgabe eines selbst ernannten Sicheren Hafens!

Die Selbstjustiz der Neonazis vom *III. Weg* muss aufgeklärt und verhindert werden! Pushbacks sind illegal und menschenfeindlich! Ob sie durch Staaten oder durch faschistische Neonazi-Gruppen durchgeführt werden. Deshalb müssen diese umgehend gestoppt werden! Mit jedem Pushback stirbt ein Stück von Europas Glaubwürdigkeit!

Wir stellen uns gegen alle Formen von Rassismus! Rassismus ist keine Meinung! Und um das kundzutun und die Nazis des *III. Wegs* zu stoppen, unterstützen wir heute die lokalen Antifaschist:innen!

Wir sind Viele! Und wir werden uns vernetzen und nicht wegschauen, sondern uns zusammen aktiv gegen diese Faschisten stellen!